

Polnische Kirche tief verstrickt

Der Skandal um den wegen Geheimdienstverstrickungen zurückgetretenen Warschauer Erzbischof Stanislaw Wielgus nimmt kein Ende. Immer neue Vorwürfe finden ihren Weg aus den Archiven in die Öffentlichkeit.

Von EVA KRAFCZYK

Warschau (dpa) Gestern schockte die Zeitung „Dziennik“ mit der Veröffentlichung eines Dokuments der „Operation Primas“, aus dem hervorgeht, dass sich der kommunistische Geheimdienst Ende der 1970er Jahre auch des Dienstes von zwölf Bischöfen bediente.

Seit mehr als einem Jahr müssen die Gläubigen manch schmerzliche Wahrheit über ihre Priester verkraften. Dass sich nun gleich zwölf Oberhirten für die Rolle des Judas bereitgefunden haben sollen, stellt das Bisherige in den Schatten. Wer sich hinter „Rames“ und „Apollo“, „Pisarz“ (Schriftsteller) und „Pasterz“ (Hirte) und den übrigen Decknamen verbirgt, ob die geheimen Mitarbeiter gar noch unter den heute amtierenden 113 Bischöfen sind, ist (noch) nicht bekannt.

Dem „Dziennik“-Bericht zufolge begann die für die Überwachung der Kirche zuständige Abteilung IV des polnischen Sicherheitsdienstes im Jahr 1978 mit der „Operation Primas“. Kardinal Stefan Wyszyński, der Primas der katholischen Kirche Polens, war mit fast 77 Jahren alt und hatte gesundheitliche Probleme. Der Geheimdienst bereitete sich bereits auf seinen Tod und die Wahl eines neuen Primas vor.

Vor allem galt es, den charismatischen Krakauer Kardinal Karol Wojtyła als Nachfolger Wyszyńskis zu verhindern. „Viel günstiger“, so heißt es in dem von „Dziennik“ zitierten Dokument, sei Bronisław Dabrowski, damals der Sekretär der Bischofskonferenz. Das war nicht mehr überraschend. Erst am Montag hatte das Magazin „Wprost“ enthüllt, es gebe Beweise für eine Geheimdienstmitarbeit Dabrowskis.

Als Wyszyński im Mai 1981 starb, stand Wojtyła als Primas aber gar nicht mehr zur Disposition, sondern leitete als Papst Johannes Paul II. die katholische Weltkirche, was die Sorgen des kommunistischen Regimes noch einmal vergrößerte. Historische Forschungen belegen, dass Wojtyła seit den 60er Jahren massiv bespitzelt wurde. Und manch einer befürchtet, dass der Kirche die peinlichsten Enthüllungen noch bevorstehen.

Der Kampf seines Lebens

Seit zwölf Jahren versucht Friedhelm Zapf, dubiose Grundstücksgeschäfte aus der Wendezeit aufzudecken

Einst wollte er lediglich der Stadt Strausberg Vermögen sichern. Jetzt ist daraus der Kampf seines Lebens geworden. Seit zwölf Jahren zieht Friedhelm Zapf gegen dubiose Grundstücksgeschäfte in der Wendezeit zu Felde und rennt gegen Wände – allen persönlichen Niederlagen zum Trotz.

Von SABINE RAKITIN

Frankfurt (Oder) (MOZ) Friedhelm Zapf ist müde. Der jahrelange Kampf hat ihn zermüht. Und manchmal, da fragt er sich schon, ob es sich überhaupt noch lohnt, in Brandenburg zu bleiben. Ob es nicht besser ist, die Koffer zu packen und weit wegzuziehen. Doch bislang schob er diesen Gedanken immer wieder von sich. Da ist seine Frau, die immer noch Arbeit hat und so die Existenz der Familie finanziell absichert. Da ist sein Grundstück in Frankenfelde (Märkisch-Oderland), mit dem Haus, in dem er aufgewachsen ist. Und da ist sein ausgeprägter Gerechtigkeits Sinn, der es ihm einfach nicht möglich macht, die Augen zu verschließen, wenn anderen Ungerechtigkeiten widerfährt. Also bleibt er und macht weiter – allen persönlichen Niederlagen zum Trotz.

Dabei hatte alles so gut angefangen, damals 1994, als der ehemalige Landrat von Bad Freienwalde sich nach der Kreisgebietsreform als 1. Beigeordneter in Strausberg bewarb und gewählt wurde. Voller Elan stürzte sich der SPD-Mann in die Arbeit – nicht ahnend, dass er mit seinen Recherchen zu Grundstücksverkäufen während der Wendezeit in ein Wespennest stoßen würde. „Ich wollte eigentlich nur Vermögen für die Stadt retten“, erinnert sich der heute 59-Jährige. Doch die Ungerechtigkeiten, auf die er stieß, ließen ihm keine Ruhe. Reihenweise waren Immobilien in der Stadt Strausberg über das so genannte Investitionsvorranggesetz ihren rechtmäßigen Besitzern entzogen und an Spekulanten verkauft worden, die diese wenig später mit Millionen-Gewinnen weiter veräußerten. Das betraf nicht nur so genannte Alteigentümer, sondern vor allem auch die Stadt Strausberg selbst. „Es führte dazu, dass die Stadt auf Millionen Euro Alt-schulden, mit denen die Immobilien belastet waren, sitzen blieb“, sagt Friedhelm Zapf.

Zu den Fällen, die er aufdeckte, gehörte der der Erben-gemeinschaft London. Der jüdischen Familie gehörte in den 30er Jahren ein zweistöckiges Wohn- und Geschäftshaus in der Großen Straße 10 in Strausberg. Nach der Wende mel-



„Alles, was ich damals gesagt habe, hat sich als richtig erwiesen“: Friedhelm Zapf hat die Hoffnung auf Rehabilitierung noch nicht aufgegeben.

MOZ-Foto: Sabine Rakitin

dete die Erben-gemeinschaft im November 1990 vermögensrechtliche Ansprüche an. Dennoch verkaufte die Stadt das Gebäude für 396.000 Mark an einen Berliner Kaufmann. Ein Wertgutachten lag nicht vor. 1993 wurde das Haus dann für 1,35 Millionen Mark weiter verkauft.

Die Fälle London und Scheerer sind nur zwei von vielen in Brandenburg

Auch der Fredersdorfer Gärtler Thomas Scheerer gehört zu den Alteigentümern, denen übel mitgespielt wurde. Im August 1990 hatte er die Rückübertragung eines Grundstücks seines verstorbenen Vaters an der Platanenstraße in Fredersdorf-Vogelsdorf beantragt. Zwei Monate später bescheinigte der damalige Landrat

von Strausberg, Gunter Fritsch (SPD), heute Landtagspräsident, für das Grundstück eine „besondere Investition“: Für 47.800 Mark wurde es im Februar 1991 an eine PGH verkauft, die es später weiter verkaufte: für 1,8 Millionen Mark.

Erst im Sommer 2006, nach 15 Jahren Rechtsstreit, erhielt Thomas Scheerer Genugtuung und Recht. „Von einer unparteiischen Amtsausübung kann schon deswegen keine Rede mehr sein, weil die zuständigen Mitarbeiter (...) mit einer geradezu feindseligen Haltung dem Kläger gegenübergetreten sind, die beispiellos ist und mit rechtsstaatlichem Verwaltungshandeln noch nicht einmal ansatzweise etwas zu tun hat“, attestierte das Verwaltungsgericht sowohl dem Landkreis Märkisch-Oderland als auch dem

Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen.

Der Fall der jüdischen Erben-gemeinschaft London ging durch alle Gerichtsinstanzen. Auch das Urteil im Fall Scheerer ist rechtskräftig. „Alles, was ich damals den Stadtverordneten gesagt habe, wovon ich sie gewarnt habe, hat sich als richtig erwiesen“, sagt Friedhelm Zapf heute. Doch seine Hoffnung darauf, dass er rehabilitiert wird, erfüllte sich nicht.

Unter einem Vorwand, wie er sagt, wurde er bereits 1995, ein-einhalb Jahre nach Amtsantritt, wieder abgewählt. Dahinter, so sagt der Frankenfelder, steckt aber etwas ganz anderes. „Es

gibt mehrere Stadtverordnete, die ebenfalls Grundstücke unter dubiosen Umständen erworben haben oder deren Verwandte profitierten.“ Und nicht nur die. Auch auf Kreis- und Landesebene gebe es immer wieder solche Begünstigten, und das quer durch alle Parteien, sagt Zapf. So erklärt er sich auch, dass alle Hinweise, die er und andere an Kommunalaufsichten, Ministerien und selbst an die Staatsanwaltschaft gaben, ungehört und -bearbeitet blieben. „Ein Zufall ist das nicht“, steht für ihn fest.

Jahrelang hat Friedhelm Zapf Informationen zu den Grundstücksgeschäften in Märkisch-Oderland, aber auch in anderen Landkreisen gesammelt. Die Fälle geprellter Alteigentümer füllen mehrere dicke Aktenordner. Und in vielen spielen immer die gleichen Namen eine Rolle: Verwaltungsmitarbeiter sind darunter, auch Notare. Namen nennt er nicht mehr. Zweimal verlor er bereits zivilrechtliche Klagen. Allerdings hat Zapf inzwischen so viel Material gesammelt, dass er überzeugt ist: „Ich kann lückenlos belegen, dass es eine richtige Fälscherwerkstatt gibt, die eigens für die Vorlage bei Gericht Dokumente manipuliert“. Nur habe das bislang niemand geprüft. So kam es zu seinen Niederlagen.

Die letzte hat ihn zum Jahreswechsel erreicht. Seine Wahl zum Ersten Beigeordneten der Stadt Strausberg im April 1994 ist nichtig, stellte das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) fest. Weil in der ursprünglichen Tagesordnung die Wahl als nichtöffentlich angekündigt war. Damit sei die Öffentlichkeit von vornherein ausgeschlossen worden, begründeten die Richter.

Dass die Tagesordnung am Beginn der Sitzung noch geändert und Zapf im öffentlichen Teil gewählt worden war, spielte für sie keine Rolle. Dass der Verstoß gegen das Öffentlichkeitsprinzip erst im Jahr 2001 – sechs Jahre nach seiner Wahl und knapp fünf Jahre nach seiner Abwahl – von der Stadt Strausberg bemerkt wurde, ebenso wenig. Und selbst die Tatsache, dass das Verwaltungsgericht noch weitere fünf Jahre brauchte, ehe es sich der Klage von Zapf annahm, entlockte dem Vorsitzenden Richter nicht mehr als den sifflanten vorgebrachten Satz: „Nun, es dauert zwar lange, bis wir uns mit einer Sache beschäftigen, aber wenn wir uns damit beschäftigen, dann richtig!“ Ein Wort zu der Härte, die es für Zapf bedeutet, wenn er vermeintlich zu Unrecht mehr als zehn Jahre lang Versorgungsbezüge in Höhe von 17.500 Euro jährlich erhielt, ein Wort dazu, dass nicht er der Verursacher dieses Fehlers ist, hatte der Richter nicht.

Die letzte Niederlage erteilte Zapf zum Jahreswechsel

aber wenn wir uns damit beschäftigen, dann richtig!“ Ein Wort zu der Härte, die es für Zapf bedeutet, wenn er vermeintlich zu Unrecht mehr als zehn Jahre lang Versorgungsbezüge in Höhe von 17.500 Euro jährlich erhielt, ein Wort dazu, dass nicht er der Verursacher dieses Fehlers ist, hatte der Richter nicht.

Zur Person

K. Schwarzenberg

Reizfigur für den Präsidenten

Es war eine schwere Geburt: Sieben Monate nach der Parlamentswahl in Tschechien hat Staatspräsident Vaclav Klaus die Kabinettsliste seines Parteifreundes Mirek Topolánek akzeptiert. Es ist dessen zweiter Versuch einer Regierungsbildung, nachdem er vor drei Monaten im Parlament durchgefallen war.

Prag (MOZ) War die Regierungsbildung schon auf Grund des Wahlausgangs kompliziert – bürgerliche und linke Parteien stehen sich in einer Patt-situation gegenüber –, war es am Ende vor allem Staatspräsident Vaclav Klaus, der seinem Parteifreund Topolánek hartnäckigen Widerstand leistete. Er stürzte sich an der Person des designierten Außenministers Karel Schwarzenberg.

Dieser heißt eigentlich Karl Fürst von Schwarzenberg und entstammt einer alten böhmischen Adelsfamilie. Die Schwarzenbergs, obwohl unter der nationalsozialistischen Besatzung tschechisch-patriotisch gesinnt, wurden 1948 von den Kommunisten ins Exil getrieben. Karel Schwarzenberg, wie er sich bürgerlich nennt, wuchs in Österreich auf, von wo er nach der Wende nach Prag zurückkehrte und Büroleiter des neu gewählten Präsidenten Vaclav Havel wurde. Seit 2004 sitzt der inzwischen 69-Jährige zudem im tschechischen Senat.

Aus dieser Biographie leitet Klaus einen Loyalitätskonflikt ab. Schwarzenberg sei doch wohl eher Österreicher und daher ungeeignet, tschechische Interessen gegenüber Wien zu vertreten, so Klaus. Auch unterstellte er den Grünen, die Schwarzenberg für



K. Schwarzenberg Foto: AFP

die Regierung nominierten, extremistische Ansichten, was diese zu heftigen Gegenattacken veranlasste.

Auch Topolánek hatte Klaus vor wenigen Tagen erst scharf angegriffen. Klaus sei offensichtlich besessen vom Gedanken einer „nationalen Wiedergeburt“, die in Deutschen, Adligen und Emigranten nur Feinde sehe. Kleine Ironie am Rande: Schwarzenberg hat zwar 41 Jahre seines Lebens in Österreich verbracht, die Staatsbürgerschaft des Landes aber nie angenommen. Er ist schweizerischer und seit seiner Rückkehr auch tschechischer Staatsbürger. Gern bezeichnet er sich als Mitteleuropäer.

1989 erhielt Schwarzenberg gemeinsam mit Lech Wale-sa den Menschenrechtspreis des Europarates für sein Engagement für die vormalige tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung. Er ist ferner Herausgeber der rechtsliberalen Prager Wochenzeitschrift „Respekt“.

Auch wenn Topolánek die Hürde Klaus nun genommen hat, wird das Regieren für die Koalition aus Demokratischer Bürgerpartei (ODS), der Topolánek selbst angehört, Christdemokraten (KDU-CSL) und Grünen nicht einfach. Das Dreierbündnis verfügt nur über 100 der 200 Parlaments-sitze und ist auf Überläufer angewiesen.

Zwischen Erinnern und Vergessen

Schule im westfälischen Emsdetten versucht sieben Wochen nach dem Amoklauf eines 18-jährigen Ex-Schülers einen Neuanfang

Hunderte Luftballons steigen über der Geschwister-Scholl-Realschule im westfälischen Emsdetten in den Himmel. An ihnen hängen Zettel mit aufgeschriebenen Gedanken der 700 Schüler. Zum ersten Mal nach dem Amoklauf eines 18-Jährigen vor sieben Wochen kehrten die jungen Leute gestern an ihre Schule zurück.



Symbol der Hoffnung: Schüler, Eltern und Lehrer lassen auf dem Schulhof der Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten Luftballons in den Himmel steigen.

Foto: ddp

Emsdetten (dpa) Einige sind erleichtert, dass der Schulalltag wieder beginnt. Andere blicken den Luftballons sehr nachdenklich hinterher. Dicht gedrängt stehen rund 1000 Schüler, Lehrer und Eltern auf dem Hof des sanierten Gebäudes. Minutenlang halten sie sich bei einem gemeinsamen Gottesdienst an den Händen. „Ich glaube, dass der Zusammenhalt uns allen helfen wird, einen Neuanfang zu schaffen“, sagt Schulleiterin Karola Keller. Auf einem Zettel an den Luftballons steht: „Nichts soll mehr an früher erinnern“ – an den 20. November.

An diesem Tag stürmte der 18-jährige Ex-Schüler in das Gebäude, schoss wild um sich, ehe er sich selbst tötete. 37 Menschen wurden verletzt. Einige erlitten Schusswunden, ihre Angehörigen bangten um ihr Leben. Nur großes Glück verhinderte eine

Katastrophe. Zumindest in den Räumen der Schule ist es bereits gelungen, die Erinnerungen zu verwischen.

Für rund 300.000 Euro wurden zwei komplette Stockwerke renoviert. Wo der graue Waschbeton vor sieben Wochen noch

mit der Farbe von Rauchpatronen verschmiert war, strahlen heute Wände in Grün und Orange. Böden und Decken wurden erneuert, zersplitterte Fensterscheiben ersetzt und Türen ausgewechselt. Mit der Renovierung sind auch die vielen Ein-

schusslöcher verschwunden, die der Amokschütze hinterlassen hat. „Irgendwas hätte zum Andenken dableiben sollen“, meint die 16-jährige Schülerin Christina. „Alles wurde überpinselt, als sei nichts gewesen.“

Über eine Gedenkstätte in der Schule wollen die Lehrer mit ihren Klassen in den kommenden Wochen gemeinsam sprechen. Dafür sei die Zeit bisher zu knapp gewesen, sagt Schulleiterin Karola Keller. Nur 37 Werktag blieben für die Renovierung. Wochenlang gingen die Jugendlichen an umliegenden Schulen zum Unterricht. Nach dem gestrigen Gottesdienst treffen sie sich erstmals wieder in ihren angestammten Klassenräumen.

Auch der Bruder des im Dezember beerdigten Amokschützen ist wieder in seiner Klasse. Die Mitschüler hätten ihn sehr gut aufgenommen, heißt es in der Schule. Der 16-Jährige hatte damals vergeblich versucht, seinen Bruder auf dem Schulhof zu stoppen, möglicherweise

aber dennoch Schlimmeres verhindert.

„Wichtig ist für uns alle, dass wir das Ereignis nicht verdrängen“, sagt die nordrhein-westfälische Schulministerin Barbara Sommer (CDU) bei ihrem Besuch in Emsdetten. „Wir müssen daraus Lehren ziehen.“ In den nächsten Jahren will sie landesweit 50 neue Schulpsychologen einstellen und verstärkt Sozialarbeiter an den Schulen einsetzen. „Trotzdem werden wir Extremfälle nicht verhindern können“, sagt Sommer. Daher sei jeder gefragt – von den Lehrern über die Schüler bis hin zu den Eltern.

An den Zusammenhalt in der Schule appelliert auch Schulleiterin Keller beim Gottesdienst. „Ich bin voller Zuversicht, dass das gemeinsame Schulleben wieder angstfrei möglich sein wird.“ Dass noch nicht alle den Amoklauf verarbeitet hätten, sei ihr klar, sagt sie. Die nachdenklichen Gesichter, die den fliegenden Ballons nachschauen, sprechen Bände.